

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Wälden St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüssen, Kubchnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 49.

Hauptausgabestellen
im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang.
Freitag, den 28. Februar

Verbreitetste Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Lichtenstein.

Ausgabe der Brotmarken erfolgt am Freitag und zwar werden ausgegeben die Nummern; 1—200 9 bis 10 Uhr, 201—400 10 bis 11 Uhr, 401—600 11 bis 12 Uhr, 601—800 2 bis 3 Uhr, 801—1000 3 bis 4 Uhr im Lebensmittelamt. **Die Ausgabe der Brotmarken von Nummer 1001—Ende** erfolgt in der **Verkaufsstelle Bürgerschule**. 1001—1200 9 bis 10 Uhr, 1201—1400 10 bis 11 Uhr, 1401—1600 11 bis 12 Uhr, 1601—1800 2 bis 3 Uhr, 1801—Ende 3 bis 4 Uhr. Um unnötigen Andrang zu vermeiden, wird gebeten, die Nummernfolge streng einzuhalten.

Auffeherin gesucht.

Alter 30—40 Jahre — ohne Anhang — Bewerberinnen müssen gesund und energisch sein und im Wäschnähen Erfahrung besitzen. 1/2 Jahr Probeposten. Neben völlig freier Station werden zunächst monatlich 30 Mk. Gehalt und 20 Mk. Feuerungszulage gezahlt.

Bewerbungsstücke mit Lebenslauf und ärztlichem Zeugnis sind als bald hier einzureichen.

Die Direktion der Bezirksanstalten in Lichtenstein.

Lebensmittelverkauf in Callenberg

Harzerkäse bei sämtlichen Händlern, 1 Stk. 45 Pfg.

Kartoffeln, Sonnenabend, den 1. März. 10 Pfund für 1.20 Mk. gegen Wochenkarte — Marke 10, Nr. 1—200 vorm. 8—9 Uhr, Nr. 201 bis 500 vorm. 9—10 Uhr, Nr. 501—800 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 801—1200 vorm. 11—12 Uhr, 1201—1500 nachmitt. 2—3 Uhr, Nr. 1501—1800 nachm. 3—4 Uhr, Nr. 1801—Schluß nachm. 4—5 Uhr.

Im Zentral-Vorrat-Mischgemüse, (bestehend aus Möhren, Kraut, Rüben, Kohlrabi, Suppengrün und Kräutern.) Auf den Kopf 100 Gramm für 50 Pfg. bei sämtlichen Händlern. — Lebensmittelkarte B — Marke 28. —

Ausgabe der Brotmarken erfolgt Freitag, d. 28. Febr. 1919 nur vorm. 8 bis 12 Uhr.

Der Ortsernährungsausschuß für Callenberg.

Versteigerung von Brennholz und Reisig

Freitag, den 28. Februar von vorm 9 Uhr ab gegen Barzahlung auf dem hiesigen Grundstück oberhalb des sogenannten Gastwirtschens. Callenberg, den 26. Februar 1919.

Der Bürgermeister,

Bezirksverband.

R.-L.-Nr.: 251 Le.

Nachstehende Verordnung des Wirtschaftsministeriums, Landeslebensmittelamt, vom 10. Februar 1919 über **Zuckerkarten** Reihe 11 und 12 wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Callenberg, den 25. Februar 1919.

Amtshauptmann **Fehr. v. Welsch**.

Abschrift.

Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 11 und 12 betreffend.

Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Versorgungszeitraum (Reihe 11) erlischt mit dem 12. Februar 1919. Nach diesem Zeitpunkt darf auf Karten der Reihe 11 Zucker im Kleinverkauf nicht mehr abgegeben werden.

Die Bezugsausweise der Reihe 11 waren lt. Bekanntmachung vom 19. November 1918 (Sächsische Staatszeitung Nr. 273 vom 23. November 1918) von den Kleinhändlern bis spätestens 25. November 1918 an ihre Lieferanten einzusenden. Sollten trotz dieser Verordnung irrtümlicherweise Bezugsausweise der Reihe 11 sich noch in den Händen der Händler befinden, so sind diese nunmehr unverzüglich auf dem üblichen Wege der Zuckerverteilungsstelle für Sachsen zuzuführen.

Die noch bei den Händlern befindlichen Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 11 sind spätestens bis zu den nachstehend angegebenen Terminen abzuliefern und zwar seitens der Kleinhändler an die Zwischengroßhändler

bis zum 28. Februar 1919,

seitens der Zwischengroßhändler an die der Zuckerverteilungsstelle angehörenden Großhändler

bis zum 5. März 1919,

seitens der Großhändler an die Zuckerverteilungsstelle

bis zum 10. März 1919.

Zu den gleichen Terminen sind die von den Zuckerkarten der Reihe 12 abgetrennten Bezugsausweise an die genannten Stellen abzuliefern. Da im Laufe des Versorgungszeitraumes von den Kommunalverbänden Normalzuckerkarten nicht mehr ausgegeben werden, ist eine restlose Rücklieferung der betr. Bezugsausweise sofort möglich und aus Gründen einer schärferen Kontrolle dringend erforderlich.

Die im Laufe des Versorgungszeitraumes ausgegebenen Zuckerbezugskarten (für gewerbliche Zwecke) und Ergänzungszuckerkarten der Reihe 12 sind fortlaufend nach Eingang mit tunlichster Beschleunigung abzuliefern. Das Ministerium behält sich vor, gegen säumige Ablieferer mit geeigneten Maßnahmen vorzugehen.

Jede Einlieferung von Karten hat unter Einschreiben oder mittels Wertpakets zu erfolgen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet. Es wird ferner wiederholt darauf hingewiesen, daß durchgelochte Karten als entwertet gelten und daher nicht mehr beliefert werden dürfen.

Dresden, den 10. Februar 1919.

Wirtschaftsministerium.
Landeslebensmittelamt.

Bei der Staatsumwälzung, dem Rückmarsch der Heere und ihrer Auflösung sind dem Volksvermögen unermessliche Werte entzogen worden. Unbefugte haben **Kriegsgerät der verschiedensten Art** an sich gebracht, veräußert oder sonstwie darüber verfügt. So sind insbesondere den Beständen der Heeresverwaltung entzogen worden: Kraftfahrzeuge aller Art, Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Krafttraber, Dampfstraßenzugmaschinen, Dampf-Lastkraftwagen, Dampfseilzugmaschinen, Dampfmaschinen, Motorboote, Anhänger, Beleuchtungswagen sowie Zubehörteile und Betriebsmittel zu diesen Fahrzeugen, z. B. Gummibereifungen, Motoren und Teile dazu, Öl, Benzin.

Der Rat der Volksbeauftragten hat bereits mit Verordnung vom 14. Dezember 1918 die Zurückführung des genannten Heeresgeräts in den Besitz des Reichs angeordnet. Dem Verbleib dieses Heeresgutes nachzugehen, um es möglichst für das Volksvermögen zu retten, ist eine der Aufgaben des Reichsverwertungsamts. Es bedarf zur Erreichung dieses Zieles weitestgehender **Unterstützung der Behörden und tafkräftiger Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung**. Letztere wird unter besonderem Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung gebeten, Wahrnehmungen über plötzliches Auftauchen solchen Gerätes den Behörden mitzuteilen; und die Behörden werden an Hand ihrer aktenmäßigen Unterlagen, z. B. betr. Zulassung von Kraftfahrzeugen, und auf Grund ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse in der Lage sein, schnellstens nachzuprüfen, ob der jetzige Besitzstand im Hinblick auf die früheren Verhältnisse die Vermutung unrechtmäßigen Erwerbes nahelegt. Anhaltspunkte dafür geben auch äußere Merkmale wie z. B. der Stempel „Heeresgerät“ an Kraftwagenbereifung, das Wappen — Preußischer Adler, Bayerischer Löwe usw. — an Kraftwagen, wenn auch mit Farbe überstrichen, ebenso eine möglicherweise noch kenntliche militärische Aufschrift, wie z. B. I. R. D. = Immobiles Kraftwagen-Depot, I. R. K. = Immobiles Kraftwagen-Kolonnen, A. R. K. = Armeekraftwagen-Kolonnen, M. K. = Militärs-Kraftwagen.

Eile tut not. Es gilt an Werten zu retten, was noch zu retten ist. In jedem Fall, in dem auch nur die Möglichkeit eines Erwerbes an Heeresbeständen nicht von der Hand zu weisen ist, mag er rechtmäßig sein oder nicht, wird um unverzügliche **Mitteilung an das Reichsverwertungsamt**, technische Abteilung für Automobilwesen (Tabelle) in Berlin W 8, gebeten. Es hat eine **Belohnung** bis zu 5 Prozent des durch Abschätzung festzustellenden Wertes des wiedererlangten Gutes unter Ausschluß des Rechtsweges anteilig denjenigen (auch beamteten) Persönlichkeiten zugesichert, durch deren Tätigkeit die Wiedererlangung von Gegenständen der in Abs. 1 genannten Art ermöglicht worden ist.

Dresden, am 22. Februar 1919.

Ministerium des Innern.

135a I. V.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der A- und S-Rat von Schaffenburg hat den Belagerungszustand über Stadt- und Landkreis Schaffenburg und die Wortsur über die Tageszeiten verhängt.

* Die Stadt Windau wurde durch einen gleichzeitigen Angriff von Land- und See, an welchem reichsdeutsche Truppen und deutsch-baltische Landwehrformationen beteiligt waren, nach heftigen Kämpfen wieder eingenommen.

* Reuterbureau erfährt, daß die Vorbereitungen für die Deportierung aller in China befindlichen Deutschen, mit Ausnahme einiger Missionare beendet sind

Es wurden 4 Schiffe gemietet, die zusammen 25.000 Deutsche nach Rotterdam bringen werden.

* Die englische Regierung hat allen Handel zwischen Deutschland und Finnland untersagt. Die finnischen Meeresreien stellen den Betrieb ein. — Sehr nett!

* Der Berliner Zentralrat besprach die Frage der Einberufung eines neuen Kätelkongresses und beschloß nach eingehender Beratung, ihn für Ende März einzuberufen. Es wurde eine Kommission ernannt, die sofort mit den nötigen Vorbereitungen beginnen soll.

* Neuere Meldungen deuten darauf hin, daß die Tschechen doch einen Angriff auf Schlesien planen. Auf Ententebefehl müssen die Tschechen Teschen räumen.

* Aus Rammstein wird gemeldet: Der bei den Tummeln im Gefängnis und an den Gerichtsgebäuden angerichtete Schaden beziffert sich auf 300.000 Mk. Es wurden 400 Gefangene befreit, darunter schwere Verbrecher. Infolge der Zerstörung der Akten können die Gerichtsbehörden ihre Tätigkeit nicht fortsetzen.

* Die Verhandlungen über den Anschluß Deutschlands an Deutschland werden in Berlin weiter geführt, um die Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete zu beheben.

* Am rheinischen Industriegebiet ist die Lage immer noch kritisch, die Regierungstruppen rücken weiter vor, um die getroffenen Abmachungen zu erzwingen.

* Nach einer Meldung aus Südtirol soll der König von Italien erschossen worden sein. Bestätigung bleibt abzuwarten.
* Die Polen greifen weiter an, sie denken nicht daran, das Abkommen mit der Entente zu halten.

2. Sitzung der sächs. Volkstammer,

223. Dresden, den 26. Februar 1919.

Beginn der Sitzung vormittags 11.15 Uhr.

An den Tischen für die Staatsregierung: die Minister Dr. Gradnauer, Harnisch, Schwarz und Selbitz. Präsident Frähdorf eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr und teilt die Eingänge aus der Registratur mit. Eingegangen sind eine Reihe von Interpellationen über Lebensmittelversorgung, Kohlenversorgung, Notlage der sächsischen Industrie, Aufhebung der Blockade, Rückgabe der Kriegsgefangenen und die Wenden- und Tschechenfrage. Die Interpellationen sollen auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gestellt werden. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, allgemeine Vorberatung über die Vorlage Nr. 1, den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen betreffend, erklärt, Dr. Gradnauer, daß der Zeitpunkt gekommen sei, um politische Tatsachen neu zu gestalten. Es kämen drei Probleme in Betracht: es müsse eine aktionsfähige Regierung geschaffen werden, das Verhältnis zwischen Volkstammer und Regierung müsse geregelt, u. der Gang der Gesetzgebung festgelegt werden. Es handele sich also um eine Art Notgesetz. Zu den drei Hauptabschnitten des Entwurfes Volkstammer, Staatspräsident und Gesamtministerium führte er aus, daß die ganze Staatsgewalt beim Volke liege und bei der vom Volke gewählten Kammer. Die Eigenschaften der Revolution würden durch diesen Entwurf im ganzen Umfange festgehalten werden. Von Wichtigkeit aus diesem Gesetzentwurf sei ferner die Einführung des einjährigen Staatshaushaltswesens.

Zu der Einsetzung eines Staatspräsidenten, faßt er, daß eigentlich im Ministerium des Innern bei Ausarbeitung des Entwurfes eines vorläufigen Grundgesetzes kein Staatspräsident in Aussicht genommen werden sollte. Es sei aber wichtig für die Befestigung des Landes, wenn eine Persönlichkeit auf eine längere Zeitdauer vorhanden sei, die wirtschaftliche Pläne ausarbeite. Es gäbe Gründe, die für und wider die Einsetzung eines Staatspräsidenten sprechen. Ueber das Gesamtministerium führte der Minister aus, daß diesem die vollziehende Gewalt im Staate zukommen solle. Die Politik des Gesamtministeriums müsse einheitlich und geschlossen geführt werden, und dazu sei ein Ministerpräsident vorgesehen.

Die vorläufige Regierung sei der Ueberzeugung, daß sie durch die Vorlegung dieses Gesetzentwurfes den durch die Revolution geschaffenen Tatsachen gerecht geworden sei. Die Regierung hoffe, daß der Entwurf geeignet sei, klare und eindeutige Rechtsverhältnisse zu schaffen und unseren Staat wieder auf festen Boden zu stellen.

Zurückminister Harnisch machte im Anschluß an die allgemeinen Ausführungen des Ministers Dr. Gradnauer noch eingehende Ausführungen, durch die er hoffte, die Debatte wesentlich zu erleichtern und den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, in die faktische Struktur des Gesetzes noch tiefer einzudringen.

Abg. Sander mann (Soz.) erklärt im Namen seiner Parteifreunde, daß längere Ausführungen bei der Generaldebatte unterbleiben könnten. Seine Partei erkenne die demokratischen Grundlagen der Vor-

lage an bis auf die Bestimmungen über den Staatspräsidenten. Einen solchen zu wählen, lehne seine Partei ab.

Abg. Nitzsche (Dem.) sieht ebenfalls die Notwendigkeit einer schnellen Verabschiedung der Vorlage ein, da geordnete Verhältnisse recht bald wieder eingeführt werden müßten, und Sachsen ganz besonders schwer unter dem Kriege gelitten und gehungert habe. Die Regierungsvorlage beruhe auf demokratischen Grundlagen; dagegen sei der Gedanke, einen Staatspräsidenten zu wählen, nicht im Lande populär.

Abg. Fleißner (Unabh.) vertritt mit seiner Partei die Meinung, daß es sich bei einer Verfassung für Sachsen nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln könne, bis es zu einer deutschen Einheitsrepublik gekommen sei. Er und seine Partei lege großen Wert darauf, die geographischen Landesgrenzen bei der Einheitsrepublik in Wegfall kommen zu lassen. Die Arbeiterräte dürften auf keinen Fall abgeschafft werden. Zur Frage über die Einführung eines Staatspräsidenten führt er aus, daß ein Präsident mit Machtbefugnissen in einem wirklich sozialdemokratischen Staate eine Unmöglichkeit sei. Zur Frage der Sozialisierung verweist er auf das Projekt Neuraub-Kranold. Die ablehnende Haltung der Regierung dazu habe aber gezeigt, daß sie nicht den ehrlichen Willen zur Sozialisierung habe.

Abg. Dr. Bentler (D. B. P.) bedauert, daß der Gesetzentwurf keine schriftliche Begründung beigelegt worden sei und hält eine Ausschüßberatung für erforderlich. Auch zum Ein- und Zweikammersthem behalte sich die Fraktion Einwände vor. Weiter nimmt er Stellung zu Paragraph 5 über die Einführung der einfachen Stimmenmehrheit. Dieses Prinzip sei falsch; es müsse eine qualifizierte Mehrheit sein. Weiter führt er aus, daß er für die Einsetzung eines Staatspräsidenten sei.

Abg. Koch (D. B. P.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie der Vorlage in allen wesentlichen Punkten zustimmen.

Der Entwurf wird dem gesetzgebenden Ausschüß überwiesen.

Zu Punkt 2 wird die Wahl der Ausschüße vorgenommen.

Nächste Sitzung Freitag, den 28. Februar.

Der Streik in Mitteldeutschland.

Von Halle — nach Leipzig.

Weimar, 26. Februar. Das Ziel des Streiks in Halle ist nach wie vor der Sturz der Regierung und die Absetzung der Nationalversammlung. Die Regierung ist fest entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Streik zu unterdrücken. Es befinden sich bereits Regierungstruppen auf dem Anmarsch nach Halle. Der Parlamentszug, der gestern abend gegen 6 Uhr Weimar verlassen wollte, konnte, da die Schienen in der Umgegend von Halle außer Betrieb sind, seinen Weg nicht über Halle nehmen, er mußte über Leipzig geleitet werden. Schon vormittag mußte der aus Berlin kommende Parlamentszug den Hauptbahnhof von Halle in voller Fahrt passieren, da ein Anschlag auf den Zug geplant war. Ob die Parlamentszüge heute hier überhaupt noch verkehren können, muß mindestens als fraglich bezeichnet werden. Es besteht große Gefahr, daß die Streikbewegung von Halle auf Leipzig übergreifen wird. Es sollen Spartakusvertreter von Halle nach Leipzig gekommen sein, um hier für den Generalstreik zu agitieren.

Der Arbeiterrat und die Vertrauensleute der Ge-

werkschaften in Halle haben beschlossen, daß vom heute nachmittag ab, jede Zeitung ihr Erscheinen einzustellen hat. Der Aktionsausschüß gibt täglich ein Mitteilungsblatt heraus. In einer Versammlung sächsischer Bürger am Dienstag abend wurde einstimmig der Generalstreik des Bürgertums als Abwehrmaßnahme beschlossen. Von heute ab haben sämtliche Beamten, Lehrer und Angestellten in den Betrieben, Geschäften und Ämtern der Stadt die Arbeit niedergelegt. Nicht nur der gesamte Geldverkehr, die Auszahlung von Unterstufungen usw. fällt fort und der Telegraphenverkehr hört auf, und auch die Ausgabe von Lebensmittelkarten. Der Aktionsausschüß der Bürger hat an die Reichsregierung in Weimar ein Telegramm um schnellste Hilfsmittel gerichtet.

In Reiz ruht die Arbeit vollständig. Da das Elektrizitätswert den Betrieb eingestellt hat, wird der Eisenbahnverkehr, der auf elektrischen Betrieb angewiesen ist, nur noch mühsam aufrechterhalten. Die Wasserversorgung ist unterbrochen. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Die Bürgerschaft des Stadt- und Landkreises Reiz plant ihrerseits einen Generalstreik, um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen.

Hierzu liegen noch folgende Meldungen vor:

Der Streik in Mitteldeutschland hat an Ausdehnung gewonnen. In Erfurt haben die Unabhängigen den Generalstreik proklamiert und führen ihn unter Anwendung von Gewaltmitteln durch, der Bahnverkehr Weimar-Berlin ist gestört. Auch in Naumburg, Merseburg, Weißenfels ist der Generalstreik proklamiert worden, die Bürgerschaft trat z. T. in Abwehrstreiks ein. Auch in der Niederlausitz hat in einzelnen Betrieben der Streik begonnen, wodurch gerade die sächsische Industrie schwer geschädigt wird. In Braunschweig ist es von neuem Postsendungen, Telegramme und Gepräche werden für die Städte Bitterfeld, Halle, Geseke, Naumburg, Reiz nicht mehr angenommen, der Eisenbahnverkehr ruht. Die Zahl der anmarschierenden Regierungstruppen wird als sehr hoch bezeichnet, jedoch nach Ansicht der Regierung mit baldiger Wiederherstellung der Ordnung zu rechnen ist.

Generalstreik auch in Leipzig.

Leipzig, 26. Februar. In einer heute nachmittag stattgefundenen Sitzung der Arbeiterräte wurde mit 4000 gegen 5000 Stimmen der Generalstreik, der von morgen früh ab in Wirksamkeit treten soll, beschlossen. Die Beteiligung am Streik soll durchaus freiwillig sein und es soll keinerlei Zwang ausgeübt werden. Außer den Arbeitern größter Fabrikbetriebe haben die Eisenbahner einstimmig, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter mit großer Mehrheit, ferner die Straßenbahner und die Postunterbeamten die Teilnahme am Streik beschlossen. Dieser erstreckt sich jedoch nicht auf die Lebensmittelbetriebe (Mäckerien, Fleischereien und Schlachthöfe), die Lazarette, Krankenhäuser und Wasserwerke. Auf die Arbeiter der bürgerlichen Zeitungen soll eingewirkt werden, die Arbeit niederzulegen. Seit heute abend ruht der Eisenbahnverkehr vollständig. Am Montag verläßt den Bahnhof und die nach Leipzig auf der Fahrt befindlichen Züge werden unterwegs eingeklemmt. Am Bornaer und Meuselwitzer Kohlenrevier haben heute die Belegschaften beschlossen, morgen in den Streik einzutreten. Im Bornaer Revier handelt es sich um 20 Werke mit ca. 10.000 Arbeitern. Im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier ruht die Arbeit auf sämtlichen Gruben, ebenso in Anhalt. Der Eisenbahnstreik erstreckt sich von Nordhausen über

Wenn zwei sich lieben.

Amerikanisches Copyright by Wolff & Co.
Roman von Hedwig Courths-Wahlens.
31. Nachdruck verboten.

Nachdenklich sah der Fürst vor sich hin. Die beiden Herren waren inzwischen nach Dalheim zu weiter geritten.

Wie nun, wenn ein anderer der Komtesse diesen Gedanken nahelegte? fragte er sich im Stillen. Aber Günter würde nicht dazwischen willigen. Man dürfte ihm so etwas gar nicht sagen.

In Gedanken versunken, setzten sie ihren Weg fort. Sie schwiegen beide. Und in dies Schweigen hinein klang plötzlich der Gesang einer hellen, klaren Frauenstimme durch den Wald. Frisch und rein klang das Lied zu ihnen herüber:

„Wer recht in Freuden wandern will,
Der geh der Sonn' entgegen,
Da ist der Wald so kirchensill,
Kein Lütchen mag sich regen.
Noch sind nicht die Lerchen wach,
Nur im hohen Gras, der Bach
Singt leise den Morgenseg'n.“

Die beiden richteten sich im Sattel empor und sahen nach der unsichtbaren Sängerin aus. Und da teilten sich drüben die Büsche und eine schlankes Mädchen in weißer Kleide trat auf den Wee. Sie trug den breiten Hut am Arm und man konnte ihre schönen dunklen Flechten sehen die sich um den leinen Kopf legten und das leicht gebräunte Gesicht umrahmten. In der Hand hielt sie einen großen Waldblumenstrauß.

Als sie die beiden Reiter vor sich sah, vertramte ihr Gesicht. Mit großen, dunklen Augen sah sie zu ihnen auf.

„Meine Braut“, sagte Graf Günter leise zu dem Fürsten.

Als Komtesse Nora in dem Begleiter ihres Verlobten den Fürsten Kanow erkannte, stieg jähes Rot in ihr Antlitz.

Fürst Egon heftete seine Augen fest auf das Antlitz der Komtesse. Er glaubte, das läche Eröten gälte ihrem Verlobten. Aber als er dann Zeuge wurde, wie ruhig und gleichmütig sich das Brautpaar begrüßte und als er merkte, daß die dunklen Augen der Komtesse sahen und befangen auf seinem eigenen Gesicht ruhten, da merkte er doch, daß dies Eröten aus irgendeinem Grunde ihm selbst gegolten hatte.

Die Herren sprangen von den Pferden, und Graf Günter stellte vor. Die Komtesse reichte dem Fürsten zögernd die Hand, die er artig an seine Lippen zog.

„Sie haben uns durch ein Morgenkonzert erfreut, gnädigste Komtesse. Noch ehe ich das Vergnügen hatte, Sie von Angesicht zu Angesicht zu sehen, konnte ich mich an Ihrem Gesang eröten“, sagte er, lächelnd in das schöne, junge Gesicht blickend.

Die Komtesse erödete noch mehr, und ihre Augen sahen unsicher und befangen in die seinen. Ihr Herz klopte bis zum Hals hinauf. Der Fürst Kanow in seiner sieghaften Männlichkeit vor ihr. Sie war in ihrem jungen Leben noch nie einem Manne begegnet, der einen so starken, tiefschneidenden Eindruck auf sie gemacht hatte. Schon sein Bild hatte nachhaltig auf sie gewirkt, aber seine Persönlichkeit überwältigte sie geradezu.

„Ich ist keine Ahnung, daß ich Zuhörer hatte, Durchlaucht“, sagte sie befangen.

Selbst Günter fiel diese Befangenheit auf. Er kannte seine Braut nur in ihrer ruhigen Gleichmütigkeit. Aber er glaubte, sie sei verlegen, weil man ihrem Gesang zugehört hatte, und legte seiner Beobachtung keine große Wichtigkeit bei. Waren seine Gedanken doch ausschließlich bei dem, was ihm der Fürst über Lottemarie von Dornack gesagt hatte. Sein Herz war so voll Sehnsucht nach der Geliebten, daß er am liebsten nach Trollwitz hinüber gejagt wäre, um sie zu sehen.

„Es hat mir sehr leid getan, daß wir Sie gestört haben, gnädigste Komtesse“, fuhr der Fürst fort.

„Von einer Störung kann keine Rede sein, Durchlaucht“, erwiderte die Komtesse, langsam ihre Sicherheit zurückgewinnend. „Sie sind gestern abend mit Ihrer Durchlaucht in Trollwitz angekommen, nicht wahr?“

„So ist es, Komtesse.“

„Ich sah das Auto der Fürstin vorbeifahren. Ich hatten ja von Ihrer bevorstehenden Ankunft gehört. Sind die Herren jetzt auf dem Wege nach Dalheim?“

„Ich wollte nach Rainau, traf Günter aber auf dem Wege nach Dalheim und schloß mich ihm an.“

„Meine Eltern werden sich sehr freuen.“

„— heute wage ich es nicht, in Dalheim vorzusprechen. Ich bin im Reitanzug. Morgen werde ich mir indes in Gesellschaft meiner Tante die Ehre geben.“

Die Komtesse lächelte, noch immer ein wenig befangen, und ihre Brust hob sich in tiefen, erregten Atmungszügen.

(Fortsetzung folgt.)

Dalle bis nach Torgau. Halle ist völlig abgebrannt, Bitterfeld und Delitzsch ebenfalls. Wie der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat mitteilt, ist der Generalkrieg für ganz Thüringen erklärt.

Deutsches Reich

Berlin. (Keine Verhandlungsmöglichkeit 1916.) Im Verlaufe einer Auseinandersetzung über die Waffenstillstandsverhandlungen behauptet Herr Hugo Stinnes, daß im Frühjahr 1916 die durch eine feindliche Großmacht gebotene unmittelbare Gelegenheit zum Meinungsaustrausch mit der gesamten Entente abgelehnt worden sei. Herr Stinnes läßt unerwähnt, wer diese Gelegenheit abgelehnt haben soll. Es steht jedenfalls fest, daß im Auswärtigen Amt keinerlei Akten vorhanden sind, welche auf ernsthaft begründete Verhandlungsmöglichkeiten zu der von Herrn Stinnes angegebenen Zeit auch nur im entferntesten schließen lassen.

(Die furchtbaren Folgen des Streiks im Ruhrgebiet.) Der durch den Ausbruch der Bergarbeiter angelegte Schaden ist vorläufig gar nicht abzusehen. Ungezählte Millionen sind den Arbeitern durch den Lohnausfall und den Bechen durch die sinnlose Zerstörung an den Werkanlagen und die Stilllegung der Betriebe verloren gegangen. Schwerwiegende Folgen hat der Streik insbesondere auch für die Gemeinden, die in ihrer Gas- und Elektrizitätsversorgung von den Bechen abhängig sind. In einigen Tagen werden die Kesselöfen vollständig erkalten sein. Eine Wiederaufnahme des Betriebes der Kokerien wird dann vor Ablauf von sechs Wochen kaum erfolgen können. Letzten Sonntag ist auf den Bechen Matthias Stinnes 1, 2, 3 und 4 in Karpnund, Welsheim-Boltrop von Teilen der Belegschaft über Tage der gesamte Tagesbetrieb stillgelegt worden. Damit ist die Stromlieferung an die rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke und die Leuchtgasversorgung der Gemeinden Gladbeck und Dorsten, sowie von etwa 20 Städten und Gemeinden des Bergischen Landes schon für die allernächste Zeit ernsthaft bedroht.

Aus München.

München, 26. Februar. Dienstag nachmittag tagte im Landtag der Kongress der Landes-Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte, um zu den politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Etwa 200 Delegierte waren anwesend. Arbeiterrat Kropelin berichtete, daß die inhaftierten Geiseln dafür bürgen sollen, daß die Studenten von ihrer Pflichtenhaftigkeit ablassen. Der Begegnungszustand werde aufrecht erhalten. Landesrat Tauber forderte, daß an Stelle des Seeres die Arbeiterwehr trete. Soldatenrat Levia meinte, daß man bürgerliche Zeitungen überhaupt nicht brauchen.

Ein in Hause erdientene Abordnung berichtete, daß eine Versammlung von 5000 Arbeitern u. a. gefordert habe, daß die Republik sofort ausgerufen werde, und daß der Landtag nie wieder zusammenstehe. Die Abordnung verlangte die Absehung verschiedener Persönlichkeiten, die Befehle wichtiger Punkte in der Stadt, die sofortige Verbindung mit Rußland und die Befehle der russischen Gesandtschaft durch Vertreter der russischen Sowjetrepublik, außerdem Annullierung der Staatsschulden und Abhebung des Münchner Stadtkommandanten. Der Präsident erklärte hierauf, der Kongress werde zu diesen Forderungen Stellung nehmen. Sodann wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag vertagt.

Ein Aufruf aus Weimar.

Weimar, 26. Februar. Die zurzeit hier anwesenden Mitglieder der Nationalversammlung aus Bayern erlassen einen Aufruf, in welchem es u. a. heißt:

Der bayerische Landtag ist zurzeit mundtot. Wir sind einzig mit dem ganzen Volke in der rückhaltlosen Verurteilung der ruchlosen politischen Mordtaten, die in München geschehen sind, und fordern rückhaltlose Strafverfolgung aller, die für die Verbrechen verantwortlich sind. Uneingeschränkte Pressefreiheit muß sofort wiederhergestellt werden. Wir fordern die Wiederkehr geselliger Zustände. Die einzige legitime Gewalt liegt heute beim Landtag. Der Aufruf fordert dann alle Volksgenossen, insbesondere die Soldaten auf, sich zusammenschließen auf dem Boden der Geselligkeit zum Schutze der Volksvertretung, zur Sicherung der bayerischen Republik.

Die Befreiung Eisners.

München, 26. Februar. Heute vormittag fand unter großer Beteiligung die Beisetzungsfeier des Eisensteinen Ministerpräsidenten Eisner statt. Der Leichnam wurde in der St. Michaelskirche beigesetzt. In der Landauer die Gedächtnisrede a. d. Minister Jaffe und Abgeordneten Haase und den Satz alsdann zum Verb die nächsten Verwandten und ten. Damit hatte die Feier der Beisetzungsfeier jangens. Die Wöter und das Lied „Ein Sohn des Volkes will ich sein“.

Schwere Ausschreitungen in Bamberg.

Bamberg, 26. Februar. Der „Fränkische Arbeiter“ meldet aus Bamberg: Nach einer heute vor-

mittag anlässlich der Einäscherung Eisners von 5000 Personen besuchten Trauerkundgebung kam es trotz der Aufforderung, sich ruhig nach Hause zu begeben, zu schweren Ausschreitungen jugendlicher Feldgrauer und halbwüchsiger Burschen. Diese zogen nach der St. Martinskirche, um gegen die Verweigerung des angeordneten Glockengeläutes zu protestieren. Die Kirchen wurden gewaltsam geöffnet und schwer beschädigt, wobei auch einige Schüsse gegen die Wohnung des Küsters abgefeuert wurden. Mehrere Soldaten begaben sich in das Innere der Kirche und setzten die Glocken in Bewegung. Inzwischen hatten Abteilungen des 2. Infanterie-Regiments mit 2 Maschinengewehren das Rathaus, das gestürmt werden sollte, besetzt. Die Menge zog dann nach dem Dom, dem erzbischöflichen Palais und der Klosterkirche St. Jakob. Die versperkten Kirchthüren wurden mit Beilen und Stenmeisen gewaltsam gesprengt und schwer beschädigt. Soldaten und Zivilisten drangen in die Kirche ein und setzten auch hier die Glocken gewaltsam in Bewegung. Der Dompfarrer, Domkapitular Weiger, wurde schwer am Leben bedroht, ebenso Erzbischof Dr. v. Hauck, der sich in der dortigen Kirche aufhielt und begünstigt auf die Demonstranten einzuwirken versuchte. Verbeugerufene Artillerieabteilungen mit Maschinengewehren und Schutzmannaufgebote stellten die Ordnung wieder her. Der in den Kirchen angelegte Schaden ist bedeutend; 13 der Hauptkuldigen wurden verhaftet.

Keine Intervention in Bayern.

Berlin, 26. Februar. Zu der Meldung aus München, die Zeitungen seien gezwungen, einen Aufruf an Preußen zu bringen, das Reich möchte nicht in München intervenieren, schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Wir glauben, daß die Reichsregierung gar nicht daran denkt, in Bayern zu intervenieren. Allerdings muß München daran erinnert werden, daß es sich selbst die Herren Haase und Barth aus Berlin verschrieben hat, und daß das Mitglied des Soldatenrates Sauber verkündigt hat, das Rätesystem müsse sich von München aus über Deutschland verbreiten.

Beschwerde eines Richters an das Volk.

Aufsergewöhnliche Zeitumstände erfordern außergewöhnliche Mittel. Deshalb unterbreite ich der Allgemeinheit folgende:

Am 14. Februar 1919 habe ich den Kaufmann Ferdinand Gorkli, Mitglied des Volkszugsausschusses des Arbeiterrats und den Kaufmann Hans Tröster, beide aus Nürnberg, auf Grund einer Anzeige des Kommandos des 3. Armeekorps in Untersuchungshaft genommen. Beide sind dringend verdächtig, in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Volkszugsausschusses des Soldatenrats Leutnant d. R. West und Gefreiter Breitenbach mit dem Vorgeben, der Soldatenrat Grafenwöhr benötigte Waren im Gesamtwert von 49840 Mark, die Intendantur des 3. Armeekorps zur Vergabe von 250 Kisten Likör, 250 Kisten Schnaps, 13 Tsd. Zucker, 19 Kisten Perisil, 20.000 Zigaretten, 3200 Liter Wein gegen Bezahlung bestimmt zu haben. Hieron gingen nach Grafenwöhr lediglich 802 Liter Wein und 20.000 Zigaretten. Den übrigen Wein sämtlichen Likör und Schnaps erhielt die Firma Georg und Joseph Meier für 68.724 Mark. Der Verbleib der übrigen Waren ist teilweise nicht festgestellt. Von dem Gewinn erhielt Tröster etwa 10.000 Mark, Breitenbach 3000 Mark, West 6000 Mark, Gorkli 4390 Mark und der Geldgeber, der Kartoffelgroßhändler Sub. r. Schwioger Vater des Bruders des Gorkli, 5200 Mark.

Auf Grund dieses Sachverhaltes waren die Beschuldigten eines Vergehens des Betruges und eines Vergehens der Preistreibeerei durch unlautere Machenschaften dringend verdächtig.

Am Sonntag, 16. Februar 1919, nachmittag, erließen bei dem Untersuchungsgefängnis eine Zivilperson mit 12 bewaffneten Soldaten und verlangte auf Grund eines auf den Namen Grafenwöhr ausgestellten, mit Vauer unterfertigten Ausweises des Arbeiter- und Soldatenrats Nürnberg die sofortige Freigabe der Häftlinge. Der Gefängnisinspektor fügte sich der Gewalt und ließ die Beschuldigten frei.

Wegen dieses Eingriffes in die richterliche Unabhängigkeit in einer nichtpolitischen Sache erhebe ich öffentlichen Protest, da der Schutz der richterlichen Gewalt durch die öffentlichen Behörden nicht gewährleistet ist.

C. Seck, Ermittlungsrichter am Amtsgericht in Nürnberg.

Interessant bei dem ganzen Nürnberger Spartakus ist, daß er gerade unter der Parole „Befreiung der Lebensmittelversorgung“ vor sich geht. Während die geistigen Führer der Nürnberger Linkradikalen wegen dieser ungeheuren Lebensmittelhebereien, die ein Verzug der gesamten überger Arbeitererschaft im Untersuchungsgefängnis saßen, und der richterlichen Strafe entgegen. Das Nürnberger Proletariat hat diesen Herren in einer überwältigenden Demonstration erklärt, daß es nichts mit ihnen zu tun haben will, und hat ihr Treiben auf das schärfste verurteilt. Wir hoffen, daß auch die Arbeitererschaft in den anderen deutschen Gegenden sich recht bald von diesen spartakistischen „Idealisten“ frei macht. „Volkstimme“

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 27. Februar.

Für Zuckerhändler. In vorliegender Nummer befindet sich eine Bekanntmachung über Ablieferung der Zucker-Bezugskarten, seitens der Zuckerhändler. Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen.

(B. S. 3.) Vom Ministerium für Militärwesen wird mitgeteilt: Dem Ministerium für Militärwesen sind Telegramme zugegangen, welche besagen, daß in einer Reihe von Garnisonen die Offiziere einfach abgesetzt worden sind. Das bedeutet einen glatten Bruch der Abmachungen, die die Vertreter der Garnisonen am 24. Februar 1919 nach mehrstündiger Beratung mit dem Volksbeauftragten für Militärwesen getroffen haben. Auf diese Art und Weise wird eine gedeihliche Arbeit einfach unmöglich gemacht. Wohin soll es führen, wenn ein von allen Beteiligten gutgeheißenes Abkommen nach zwei Tagen einfach wieder über den Haufen geworfen wird? Das Ministerium für Militärwesen kann sich mit diesem flagranten Bruch des getroffenen Abkommens nicht beruhigen und muß verlangen, daß den Bestimmungen über die Kommandogewalt, die im Einvernehmen mit Zustimmung der Soldatenräte beider Korps aufgestellt worden sind, sowie den Abmachungen des vergangenen Montags Rechnung getragen wird. Die Urheber dieser neuerlichen und sinnlichen Heße gegen die Offiziere sollten sich doch einmal in Ruhe die Verhältnisse überlegen. Es hat doch wirklich keinen Sinn, daß man eine ganze Klasse von Menschen, die ihre Arbeitskraft zum Wohle des Ganzen einbringen wollen, nur deshalb verurteilt, weil in einem anderen Staate ein halbverrückter junger Mann, von dem man noch nicht einmal weiß, ob er Offizier gewesen ist, einen politischen Mord begangen hat.

(B. S. 3.) Erhöhung der Teuerungszulagen. Wie bekannt, schweben im Reiche und in Preußen gegenwärtig Erörterungen über eine Erhöhung und anderweitige Regelung der laufenden Teuerungszulagen der Staatsbeamten, Diatarien, Geistlichen und Pfarrer. Die Verhandlungen, bei denen auch die sächsische Regierung vertreten war, stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß, sodas in allernächster Zeit mit der Durchführung der neuen Bestimmungen zu rechnen ist. Wie bisher, wird sich die sächsische Regierung auch in dieser Teuerungszulagenfrage zu Gunsten der Staatsangestellten unverweilt dem Vorgehen des Reiches und Preußens im wesentlichen anschließen. Die Regelung wird für alle Staatsverwaltungszweige gleichmäßig erfolgen; alle Sonderzulagen (Betriebszulagen usw.) kommen künftig in Wegfall. Gegenüber den bei der Staatsbahnverwaltung den Beamten vorübergehend bewilligten sogenannten Betriebszulagen wird für die übrige Beamtenschaft nachträglich ein Ausgleich durchgeführt werden. Weiterhin beabsichtigt die sächsische Regierung, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab zu dem tarifmäßigem Betrage der Wohnungsgeldzuschüsse einen Zuschlag von 50 Prozent zu bewilligen und hierdurch einen langgehegten und wiederholt auch von der Volkserretzung als berechtigt anerkannten Wunsch der Beamtenschaft nach Befreiung bzw. Abminderung der jetzt zwischen den preussischen und sächsischen Säcken bestehenden Unterschiede zu erfüllen.

Baugesuche, Bauprechenstunden betr. Allen denjenigen, die in diesem Jahre bauen wollen, wird hiermit empfohlen, schon jetzt das erforderliche Baugesuch einzureichen. Erfolgt die Einreichung der Baugesuche erst bei Beginn der Baugesuche, so entstehen leicht Weiterungen und Verzögerungen, umso mehr, als die mit der Prüfung der Baupläne betrauten Behörden dann stark mit Arbeiten belastet sind. Die Gemeindebehörden wollen auch ihrerseits die rechtzeitige Einreichung von Baugesuchen fördern. Bauen ohne Genehmigung wird bestraft. Die früher eingeführten Bauprechenstunden finden bis auf weiteres wieder regelmäßig Sonnabends von 9-12 Uhr vormittags statt.

Kamenz. (Demonstration.) Am Montag hat der A- und S-Rat in Kamenz die Entlassung sämtlicher Offiziere gefordert. Am Dienstag nachmittag fand eine Straßendemonstration der Arbeiter und Soldaten statt. Alle Betriebe ruhten, die Geschäfte blieben geschlossen. Um 2 Uhr bewegte sich unter Glockengeläute ein Zug, meist Militär, nach dem Marktplatz, wo Reden gehalten wurden. Von 2 Uhr an feierten die Fabrikanten Arbeitswilligen wurde der Eintritt in die Fabriken verweigert.

Chemnitz. (Militärische Rundgebung.) Aus Anlaß den Beerdigungstages Eisners fand eine vom S-Rate veranstaltete Militärversammlung im Kaufmännischen Vereinshaufe statt, in der beschlossen wurde, sämtliche Offiziere der Garnison Chemnitz, überhaupt der ganzen 40. Division, von heute an abzusetzen. Die Versammlung erklärte sich schließlich für die Mehrheits-Sozialisten und veranstaltete einen Umzug durch die Straßen der Stadt nach dem Königsplatz, wo Garnisonältester Fritsch und der Unabhängige Heckert Ansprachen hielten. Es kam zu keinen Zwischenfällen.

Dresden. (Der Eisenbahnverkehr über die böhmische Grenze gesperrt.) Die tschecho-slowakische Regierung hat den gesamten Eisenbahnverkehr

Über die Grenze in beiden Richtungen gesperrt. Die Sperre hängt vermutlich mit der Abstempelung der böhmischen Banknoten zusammen und wird voraussichtlich bis zum 9. März dauern. Auf den sächsischen Uebergangsstrecken wird der Personenverkehr bis zur Landesgrenze aufrecht erhalten. Die bisher zwischen Dresden-Bischofswerda und Zittau über Warnsdorf verkehrenden Züge werden für die Dauer der Sperre über Oberoderwitz umgeleitet.

Glauchau. (Zwei Schwindler) hatten sich gestern Abend in einem hiesigen Gasthaus einlogiert und waren heute morgen vorzeitig abgerückt. Als der Wirt ins Fremdenzimmer eilte, merkte er, daß die Käse die Oberbetten mitgenommen hatten. Der sofort benachrichtigten Polizei gelang es, am Bahnhofe die Spitzbuben mit ihrer Beute abzufangen. Sie wurden ans Amtsgericht abgeliefert und als der Hilfsmonteur B. aus Zwickau und der Dreher L. aus Gößnitz festgestellt. Mitteilungen vom Zwickauer Gericht besagen, daß die beiden Betrüger auch dort in erheblicher Weise tätig waren. — Ueberaus schnell hat der gestern gemeldete Diebstahl seine Aufklärung gefunden. 4 hiesige junge Leute und der Bäckergehilfe N. wurden von der Polizei als Täter ermittelt und dem Amtsgericht zugeführt. Sie gaben bei ihrer Vernehmung zu, schon öfter bei der Firma Fiedler & Bieweg eingebrochen, den Treibriemendiebstahl im Gaswerk ausgeführt zu haben, desgleichen den Einbruch im Zigarrengeschäft Sohr. Verschiedene Kaninchen Diebstähle in der Nähe des Sonnenbades kommen gleichfalls auf ihr Konto. Die Beute ist natürlich zum größten Teile umgekehrt worden, nur ein in der Nacht zum Montag gestohlenes Kaninchen war in ihren Händen und konnte lebend dem Verlustträger wiederzugeführt werden.

Hohenstein-E. (Gestohlen) wurde in der Seidenfabrik von Joh. Aug. Boß Nachf. durch Einbrechen einer Fensterscheibe aus dem im Erdgeschosse gelegenen Arbeitsaal von 15 Webstühlen zusammen für 11 433 Mark seidene Stoffe. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Lößnitz. (Gasthausbrand) In der Nacht zum Dienstag brannte das früher Louis Pommersche Gasthaus, welches jetzt unbewohnt war, nieder. Die Entstehungsurache ist nicht bekannt.

Mosel. (Eingebrochen) wurde in dem Geschäftslöke der Filiale der Zwickauer Waren-Aktien-Gesellschaft, wobei Lebensmittel, Zigarren usw. im Werte von 130 Mk. und Brotmarken gestohlen wurden. Als Dieb wurde von der Gendarmerie ein 14-jähriger Schulknabe aus Mosel ermittelt, der bereits in November einen gleichen Einbruch in dem genannten Lokale verübt hat. Nach der jetzigen Tat hatte er sich in der Kirche versteckt, wo auch ein Teil der gestohlenen Waren aufgefunden wurde.

Sandwirtschaftliche Protestversammlung des Klubs der Landwirte Glauchaus.

Zu einer eindrucksvollen Protestkundgebung, zu welcher der Klub der Landwirte aufgerufen hatte, versammelten sich am Montag nachmittag die Landwirte im „Eindenhof“ in Glauchau. Das große Interesse das alle Kreise der Landwirtschaft dieser Kundgebung entgegenbrachten, bezeugte der sehr gute Besuch. Der lebhafteste, wiederholt sogar stürmische Verlauf der Versammlung zeigte mit nicht zu übersehender Deutlichkeit die grenzenlose Erbitterung und das große Maß von Zündstoff, die sich im Laufe der letzten Jahre in den Kreisen unserer Landwirte angehäuft haben und die von allen Rednern einmütig auf die Kriegszwangswirtschaft zurückgeführt werden. Herr Gutsbeiliger und Volkskammerabgeordneter Leitzold-Tettau eröffnete mit einer Ansprache die Versammlung, in der er in kurzen, knappen Strichen die Stimmung der Landwirte, ihre Not und Forderungen kennzeichnete. Der Bauernrat hat die Forderungen in folgenden 15 Punkten zusammengefaßt:

1. Abschaffung der Milch-Kontrolle.
2. Abschaffung der Milchlisten.
3. Herabsetzung der geforderten Tagesleistung der Milchkuhe.
4. Zurückerstattung der unredlich erhobenen Milchkontrollgebühren.
5. Aufhebung der Rüben-, Heu- und Strohlieferung.

Biehwiirtschaft. 6. Abänderung der Schlachtviehlieferung nach den eingebrachten Vorschlägen. 7. Genehmigung der Hauschlachtungen. Abschaffung der Abgabe des Schweineviertels und des Speckes. 8. Verbot der Viehhaltung für diejenigen Viehhalter, die sich vor dem Kriege nicht mit Biehwiirtschaft beschäftigt haben. 9. Höhere Schlachtviehpreise.

Getreidewirtschaft. 10. Abschaffung der Druschprämien und Erhöhung der Getreidepreise infolge der höheren Löhne. Gewährung einer Aufbewahrungsprämie für später abgeliefertes Getreide. 11. Aufhebung des Mühlenzwanges. 12. Freigabe der Schrotmühlen von der Polizei-aufsicht. 13. Regulierung der Getreideabgabe, dergestalt, daß pro Hektar Hafer und Gerste nur 5 Zentner an den Kommunalverband abzugeben sind und das übrige dem freien Verkehr unterliegt. 14. Gewährung einer größeren Dazeration für Pferde. 15. Hühnerfutter oder keine Eier.

Der Redner ging nun auf die einzelnen Punkte näher ein und geistete zuerst die Art, wie von manchen Milchkontrolluren ihr Amt verwaltet wird. Er besprach die neue Milchliste und warnte vor der Unterschreibung des Zusakes. Er streifte kurz die Ungerechtigkeit bei der Abgabe der Rüben und betonte, daß die Landwirte in Zukunft die Lieferung der Rüben ablehnen. Man sollte die Rüben in den Gegenden kaufen, wo sie reichlich vorhanden sind, aber man solle den hiesigen Landwirten nicht die wenigen Rüben noch wegnehmen, die sie zur Fütterung besonders des Milchviehs brauchen. Man habe für die Milchkuhe einen Futtertag von 30 Pfund Rüben festgesetzt. Das sei viel zu wenig. Die Kuh brauche 70-80 Pfund Rüben. Die heutige erhöhte Milchlieferung trotz schlechten Futters erkläre sich dadurch, daß die Kühe vom eigenen Körper zehren. Die Lieferung der Milch muß aber zurückgehen, weil die Kuh nicht mehr genügend Erhaltungsfutter bekommt. Der Redner behandelte ausführlich die unvollständige Futterzusammenfassung, die die Kuh zwingt, vom eigenen Körper zu zehren. Im weiteren ging der Redner dann auf die Viehlieferung näher ein und behandelte dann das Verbot der Hauschlachtungen und forderte das Verbot der Viehhaltung von Leuten, die vor dem Kriege kein Vieh gehalten haben. Hierbei wies der Vortragende den Vorwurf zurück, daß die Landwirte Körner an das Vieh verfüttern und zeigte an einem Beispiel, daß gerade in der Stadt oft Körner verfüttert werden. Die Kommität des Verbots der Hauschlachtungen wird noch erhöht durch die Abgabe des Schweineviertels. Er zeigte die Art der Verteilung der Schwarzarbeiterzulage an einigen Beispielen und verlangt die Genehmigung der Hauschlachtungen für alle Landwirte und Wegfall der Abgabe des Schweineviertels und des Speckes. Im Altenburgischen gibt es das auch nicht. Weiter fordert er die Erhöhung der Schlachtviehpreise. Der Landwirt habe jetzt, nachdem man ihn dazu geraten hat, kaufmännisch kalkulieren gelernt und da hat es sich gezeigt, daß die Preise der Produkte viel zu niedrig seien. Im weiteren begründete er die Abschaffung der Druschprämie und behandelte anschließend die neuen Forderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Abschaffung des Mühlenzwanges sei notwendig, damit der Landwirt in die Mühle gehen kann, in der er früher mahlen ließ. Eine entsprechende Beschwerde ist wiederholt eingebracht worden, hat aber bisher nur in der Gegend von Ziegelheim Erfolg gehabt. Er warf der Amtshauptmannschaft in dieser Beziehung Parteilichkeit vor und erhob heftige Vorwürfe gegen den Revisionsbeamten Günther. Es erhob sich hierauf ein heftiger Tumult im Saal und, so weit man feststellen konnte, wurde ein Versammlungsteilnehmer unter lebhaften „Hinaus“-rufen aus dem Saal entfernt. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, gab Herr Leitzold weitere Erklärungen zu den übrigen Punkten, die ebenfalls die Zustimmung der Versammlung fanden. Er zeigte, daß die Pferde mit 3 Pfd. Hafer die schwere Landarbeit nicht leisten können und begründete ebenso sachlich wie überzeugend, die Notwendigkeit der Erhöhung der Dazeration für Pferde, wie die Umstellung von Körnerfutter für die Hühner, die ebenfalls streiken wollen, wenn sie keine erhöhte Futterration bekommen. Zum Schluß dankte der Redner den Anwesenden für das große Interesse, welches sie durch ihr zahlreiches Erscheinen bekundet haben. Das zeigte ihm auch, daß der Klub der Landwirte mit seinen Forderungen auf dem rechten Wege sei. Er forderte zum Eintritt in den Klub der Landwirte auf und schloß mit dem Ruf: Vorwärts! Stürmischer, andauernder Beifall bewies dem Redner, daß er mit seinen Ausführungen die volle Zustimmung der Versammlung gefunden hatte. Nach einer kurzen Pause wurde in die Aussprache eingetreten, in deren Verlauf die anwesenden Milchkontrolluren mit Gewalt aus dem Saale entfernt wurden. Da sie den Saal nicht wieder betreten durften, entsandten die Vertreter der Amtshauptmannschaft. Es kamen dann eine ganze Anzahl Redner zu Wort, die u. a. äußerten: Wir beugen uns nicht unter eine sozialistische Regierung. Mit einer Knebelung der Landwirtschaft durch die Regierung könne nichts erzielt werden. Die Bauern wollen keine Knechtschaft. Auch in der Bauernschaft muß Freiheit herrschen. Die Abschaffung der Milchlisten und des 8 Stundentages wurden gefordert. Jeder soll sich bewußt sein, daß er alles abliefern muß, was möglich ist. Die Landwirte wollen gern mit der Regierung zusammengehen, aber die Regierung muß auch auf die Wünsche der Landwirte eingehen. Auch wurde zur politischen Organisation aufgefordert. Die Zwangswirtschaft habe es dazu gebracht, daß die Landwirte in so stürmischer Weise Protest gegen die ganzen Maßnahmen erheben. Die Zeit habe gezeigt, daß die Landwirte alle an einem Strang ziehen müssen. Ein

Redner behauptete, daß auch der Molkereizwang gekannt werde. Es sei also notwendig, in den Klub der Landwirte einzutreten, damit man geschlossen dagegen Front machen könne. Weitere Anträge forderten die Entlassung des Revisionsbeamten Günther, die Uebertragung der Milchkontrolle an den Landbürgerrat und daß die Revision der städtischen Verkaufsstellen den Bauern übertragen wird. Der Amtshauptmannschaft soll auch empfohlen werden, die Milchkontrolluren vorläufig nicht aufs Land zu schicken, da man keine Gewähr übernehmen könne. Herr Leitzold gibt bekannt, daß die Landarbeiterfrage in der nächsten Sitzung des Klubs der Landwirte ausführlich behandelt werden soll. Zum Schluß forderte Herr Leitzold die Versammlung auf, Herrn Leitzold-Tettau für seine ersprießliche, selbstlose Arbeit im Interesse der Landwirtschaft durch Erheben von den Plänen ihren Dank zum Ausdruck zu bringen. Die Anwesenden erhoben sich von den Plänen und Herr Leitzold dankte für die Anerkennung und schloß mit kurzen Worten die Versammlung.

Bankhaus Bayer & Heinze,

Lichtenstein-Callenberg,

Badergasse 6

Hauptgeschäft Chemnitz Schwesterfiliale Barystädt

Stahlkammer

unter Mitverschluss der Mieter.

Kleine Fächer 5.— Mk. jährlich.

Gingefandt

Unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

5 Pfd. Kartoffeln pro Kopf und Woche — dazu die nette Aussicht auf weitere Herabsetzung und dafür keinerlei nennenswerten Erlas.

Das muß notwendigerweise zu einer immer größeren Ausdehnung des ohnedies geschwächten menschlichen Körpers und einer immer weiteren Herabsetzung der Widerstandskraft gegenüber aller drohenden Leiden und schweren Krankheiten führen. Die Stadtverwaltung, die sich sicher alle Mühe gegeben hat und geben wird, anderweitig dafür Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen, ist aber kaum in der Lage, eine Besserung dieser traurigen Zustände, die nach meinen reichlichen Erkundigungen unseren Kommunalverband härter treffen wie viele andere sächsische Verbände, herbeizuführen. Diese Zeiten sollen aber ev. Anregung geben, wenigstens einen kleinen Ausgleich, und zwar durch Erhöhung der Fleischration zu schaffen: durch Verkauf von Pferdefleisch. Wohl ist mir bekannt, daß durch die neuesten Bestimmungen, die vom nationalen Standpunkt aus notwendig waren, auch hierin eine feste Schranke gesetzt ist. Aber ebenso ist mir bekannt, daß einerseits jetzt Leute Pferde haben, die vor dem Kriege gar nicht an Anschaffung solcher gedacht haben, andererseits frühere Pferdehalter jetzt mehr Geld haben, als ihr Bedürfnis ausmacht. Dadurch geht der Volksernährung in mehrfacher Hinsicht verloren, erstens einmal wohl das rechtmäßige Quantum Hafer u. a., was, leider, im Verlauf der Zeiten doch auch unsere Nahrung wurde; zum anderen das viel größere unrechtmäßige Quantum, das sich so mancher Pferdehalter zu verschaffen versteht (ich erinnere nur an die schamlosen Laufgeschäfte). Denn im Ernste will uns doch kein Pferdehalter glauben machen, daß er mit dem gesetzlichen Quantum auszukommen gedenkt.

Wenn man unter diesem Gesichtspunkt einmal wollte das Enteignungsverfahren der Pferde so rigoros anwenden, wie man es der Landwirtschaft gegenüber tut, auch im kleinsten Maße, was doch aus vielen Gründen weit gefährlicher ist, so wäre Fleisch und anderes mehr da.

Endlich sind verfügbarmäßig meines Wissens noch die städtischen Behörden befugt, Schlachtpferde aufzukaufen und an Pferdeschlächter bez. Pferdefleischverkäufer abzugeben. Man mache doch hier, wenn irgendmöglich, einen Anfang damit und lasse sich den Vorteil nicht entgehen, der sich bald bieten wird. Denn vermutlich werden in den nächsten Wochen abermals größere Pferdebestände des Staates wegen weiterer Erschöpfung der Tiere und aus Mangel an der nötigen Nahrung für dieselben an die Bevölkerung abgegeben werden müssen. Vielleicht, daß dabei auch nach Lichtenstein etwas kommen könnte. Was inbezug auf Pferdefleischverkauf in den Nachbarstädten und Dörfern des Verbandes möglich ist, muß sich für Lichtenstein doch auch möglich machen lassen. Vertrauen wir auf den guten Willen und die Fürsorglichkeit unserer Stadtverwaltung!

Kirchliche Vereinsnachrichten für Lichtenstein

Ev. Sänglingsverein: Wir früheren Feldbauern und älteren Mitglieder treffen uns morgen Freitag, abend 8 Uhr in der Küchenstube des Lichtensteiner Ratskellers. Alle kommen!

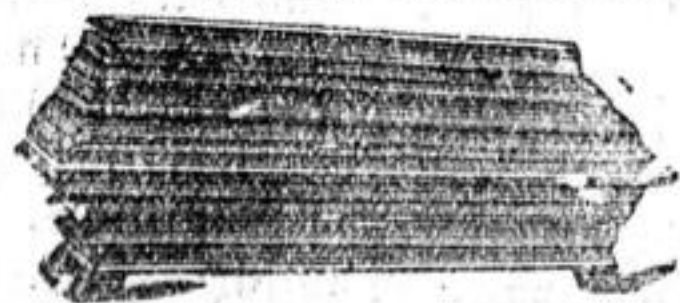
Zu verkaufen

- noch in sehr gutem Zustande befindliche:
- 12 Stück Leitzpindelbrehbänke 200 x 1000 m/m
 - 5 " " " 230 x 1000 m/m
 - 2 " " " 240 x 1000 m/m
 - 3 " Kaltfägen
 - 1 einarmige Greenterpresse E. P. S. 300 m/m Ausladung, verstellbaren Tisch, Stößel und Hub von 0-80 mm Schnittleistung etwa 600 qm/m Druckleistung ungefähr 15000.
 - 2 " Hochleistungs-Gewindefräsmaschinen mit mech. Vorschub und automatischer Ausschaltung,
 - 1 " Abdrückapparat.

Wilhelm Kaufmann, Lichtenstein-E.

2 tüchtige Damen-Schneider

auch perfekt in Herren-Schneiderei, sucht für dauernd Ottomar Wach, Lichtenstein Markt 6.



In allen Breitenlagen auf Lager. Ständergröße v. 4 M. an, große v. 28 M. an Pfostenlänge v. 90 M. an bei Paul Thonfeld.

Bezugs- und Abgab-Genossenschaft

Lichtenstein-Callenberg.

Interessenten für Thomasmehl heute Donnerstag abends 7 Uhr in der „Goldnen Sonne“

Kurze Besprechung.

Gummi-

Unterlagen

noch zu haben. Karl Colditz, Lichtenstein.

Hausgrundstück

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gutgehende Klempnerei

sofort zu pachten oder kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.



Stühle, Stuhlzüge, Tische, Koffer, Handwagen u. c. billig bei Paul Thonfeld.

Geschäftsbücher

liefert in jeder Ausführung die Tagebl.-Druckerei.